



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Guatemala

2019

Guatemala ist von Gewalt und Straflosigkeit geprägt. Im Januar 2019 hat die guatemaltekische Regierung das Mandat der internationalen Kommission gegen Straflosigkeit der Vereinten Nationen einseitig beendet. Das Gesetz 5377, welches verhindern sollte, dass denjenigen, die während des bewaffneten Konfliktes mit der Guerilla schwere Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Völkermord begangen haben, Straffreiheit erhalten, wurde zur Diskussion gestellt.

Erika Guevara Rosas, Amnestys Direktorin für die Region Amerikas, kritisiert die Entscheidung als „Rückschlag im Kampf gegen Straflosigkeit“. Sie sagte, dass „die Regierung von Guatemala die Diskussion über ein Gesetz hinsichtlich der Straflosigkeit für diejenigen, die für diese Greuelthaten verantwortlich sind, beenden soll“. Sie verwies auf die internationalen Verpflichtungen von Guatemala, diese Verbrechen zu untersuchen, darüber zu urteilen und sie zu bestrafen.

Unter Präsident Obama unterstützte die US-Regierung die UN-Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (CICIG). Insgesamt ließ die CICIG mehr als 100 Klagen einreichen, u.a. wegen völkerrechtlicher Straftaten wie außergerichtlicher Hinrichtungen. Einige Verbrechen, die während des mehr als 30 Jahre andauernden Konflikts begangen worden waren, kamen vor Gericht. Auch eine Reihe von Reformen des Justizsystems wurden auf den Weg gebracht.

Im August wurde der rechtskonservative Politiker Alejandro Giammattei zum neuen Präsidenten des Landes gewählt. Er kündigte an, dass unter seiner Regierung das CICIG Mandat nicht verlängert wird (s. auch Amnesty Journal 05/2019).